

# DER SPIEGEL

## DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

### DEUTSCHLAND

#### GESELLSCHAFT

##### GEWALT

#### Wann und wie

(siehe Titelbild)

Sollte man sich „diese Typen“, wie der SPD-Regierende von West-Berlin Klaus Schütz empfahl, doch ansehen? Treiben sie es — so der Hamburger CDU-Fraktionschef Dr. Wilhelm Witten — „wie Banden in Chicago“? Sind es kriminelle Horden, wie die Rechtspresse immer wußte — böseartig oder, bestenfalls, pervertiert? War es doch gesundes Volksempfinden, das den „langbehaarten Affen“ Beine machen wollte?

Und diejenigen, die da ohne Bart und Rollkragenpullover Geschäfte machen, Politik treiben, Kollegs halten — sind sie am Ende nicht wirklich, wie die Linksradiakalen rufen, „Ausbeuter“, „Manipulateure“, „autoritäre Scheißer“? Wäre die Einführung einer Vorbeugehaft denn kein Rückfall in faschistisches Denken? Hat die Apo vielleicht doch recht, wenn sie das Gefängnisurteil gegen Beate Klarsfeld, die den Kanzler ohrfeigte, als „Justizterror“ qualifiziert?

Kein Ja, kein Nein scheint mehr für die Antwort auszureichen — selbst

wenn die Fragen richtig gestellt wären.

Die Differenzierungen, die der Wahrheit näher kämen, sind nicht mehr wesentlich für diejenigen, die Schluß machen wollen — so oder so, Gewalt gegen Gewalt.

Zwischentöne sind kaum noch zu vernehmen in diesen Tagen, da Revolutionäre — oder solche, die sich dafür halten — Scheiben klirren, Türen bersten lassen und da die Herrschaft nach der Abrechnung klingelt.

SDS-Parole in Frankfurt: „Terrorisiert die Terroristen.“ Antwort der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: „Zeit, den Terror zu brechen.“

Der Terror ist, so scheint es, immer bei den anderen — wie die Intoleranz und die Unmenschlichkeit. Als herrsche mitten in der Bundesrepublik babylonische Sprachverwirrung, schallt der Faschismus-Vorwurf von links nach rechts und zurück.

Wenn es nach Worten ginge, müßten „bürgerkriegsähnliche Vorkommnisse“ (Bundeskanzler Kiesinger) zu verzeichnen sein — brennende Stadtviertel etwa wie in amerikanischen Großstädten während der Rassenunruhen; dann müßte „der Vietcong unter uns“ sein (so der Frankfurter CDU-Kreisvorsitzende Ernst Gerhardt) — und aus dem Hinterhalt auf Feinde feuern.

Tatsache ist, daß die Unruhen an den Hochschulen anhalten und vom Campus hier und dort in die Stadt getragen werden.

Radikale Studenten besetzen Institute und Rektorate, brechen Türen auf und verbrennen Akten. Apo-Gruppen werfen Scheiben ein — so während der letzten 14 Tage etwa in Hamburg (Amerikahaus, Panam), Frankfurt (Deutsche Bank, Börse), Berlin (KaDeWe). Scheiben gingen auch zu Bruch in spanischen und griechischen wie portugiesischen Handelsvertretungen oder Konsulaten.

Es kommt zu Rempelen zwischen Studenten und Professoren. Und wie immer sind die Ohren dort für die scharfen Slogans der Ultralinken offen, wo die Polizei zum Knüppel greift — wie unlängst in Heidelberg.

Hinter diesem Zaun von Worten und Ereignissen, die sich registrieren lassen, von Abläufen, die sich nachzeichnen lassen, wuchert ein schwer durchdringliches Dickicht von unterschiedlichsten Motiven, Frustrationen, Anlässen, Zielen.

Da ist Ohnmacht gegenüber einem Staat, der Ordnung schaffen will, wo Demokratisierung nötig wäre. Da ist politisches Engagement, das zu wirklichen trachtet, was die Hochschulen selber nicht mehr fertig bringen. Kampf um Reformen, Protest aus Ein-



Apo-Aktion vor dem Landgericht Berlin am 4. November 1968: „Die Zeit der Spielerei ist vorbei“



Brandschaden in der Frankfurter Kaufhalle, Brandbombe: „Schindluder mit den Massen“

sicht, Lust am Happening, neurotischer Druck und revolutionäre Entschlossenheit — wo das eine in das andere umschlägt, das eine das andere aufhebt oder bedingt, das ist oft ebenso schwer auszumachen wie die fließende Kontur der Gruppierungen.

Wie die Studentenschaft nicht nur aus Rebellen, sondern aus Desinteressierten, Engagierten und Überengagierten besteht, besagt die Abkürzung Apo mehr, als der gemeinsame Nenner „Außerparlamentarische Opposition“ verrät. Der ehemalige Hamburger Studentenfürer Jens Litten sagt es in einem demnächst erscheinenden Buch („Eine verpaßte Revolution?“), aus dem der SPIEGEL ein Kapitel abdruckt (siehe Seite 36), so: „Diese Gruppierungen reichen von einer prinzipiellen Opposition, die auf die Abschaffung des Regierungssystems überhaupt dringt, bis zu einer loyalen Opposition, die sich um die Profilierung akuter, durch Meinungs- und Parteienkartelle allerdings verdeckter Konflikte bemüht.“ Zur Apo rechnen sich manche Liberale und Anarchisten.

manche linken Sozialdemokraten sowie Marxisten aller Schattierungen.

Die Fraktionszersplitterung innerhalb der Apo erlaubt es dem einen Flügel im Zweifelsfalle, sich vom anderen zu distanzieren. Dem einen geht zu weit, was dem anderen zu zahn ist. Und der revolutionäre Kern, der diese verwirrend erscheinende Situation nutzt, kann eine Justiz-Provokation ebenso als Apo-Aktion präsentieren, wie er die Zündung eines Molotow-Cocktails als „putschistisch“ abqualifizieren mag.

Daß dieser revolutionäre Kern, insbesondere der SDS, militanter geworden ist, bescheinigt er sich selbst. Und wie es stimmt, daß jugendliche Rebellen in anderen Ländern, etwa in Frankreich, oft gewalttätiger sind als in Deutschland, so stimmt auch, daß die Deutschen, gründlich wie immer, in der Radikalität der Theorien über alle anderen hinausgehen.

Was da an den Extremen hochbrodelt, zumal in Grüppchen, die sich gern im Untergrund sähen, markiert nicht die Apo-Position, aber es klimati-

siert. „Vergeßt nie, einem Bullenschwein die Knarre abzunehmen, wenn ihr ihm die Fresse zertreten habt“, empfiehlt das Anarchisten-Blatt „Radikalinski“ in Berlin.

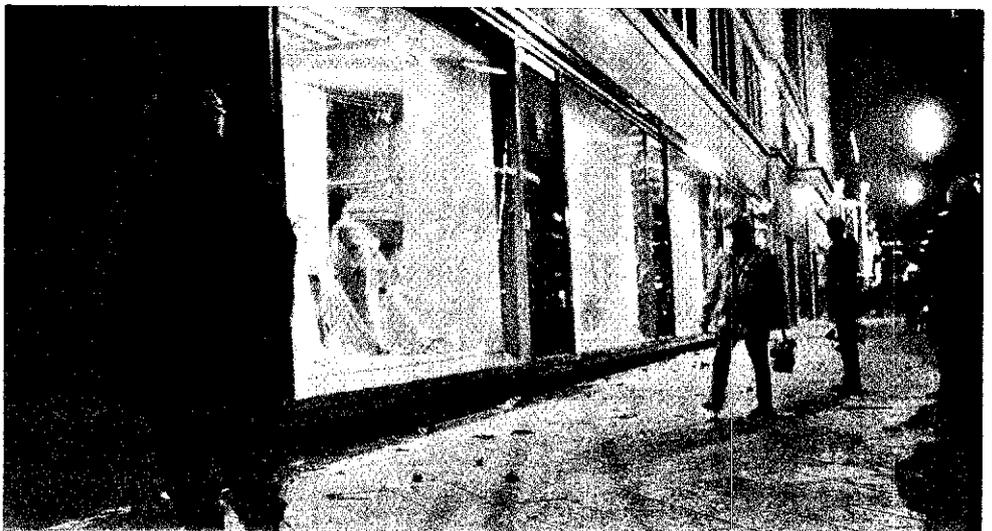
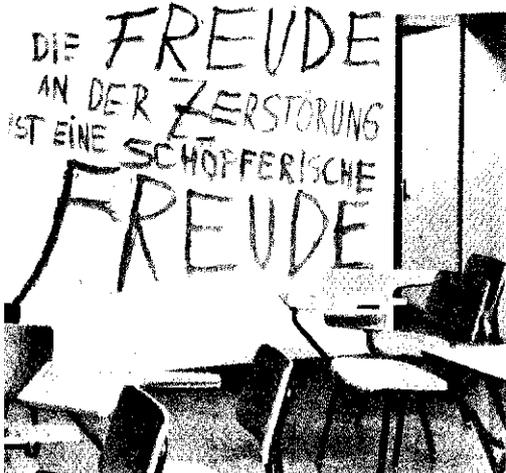
Daß in der sich aufheizenden Atmosphäre von Aktion und Reaktion Menschen verletzt werden können, ist seit den Schüssen auf Rudi Dutschke keine Spekulation mehr. Damals warfen Studenten Steine aus Zorn und Verzweiflung. Heute tun es manche mit Bedacht — so am 4. November, als Apo-Anhänger in Berlin 130 Polizisten durch Steinwürfe verletzten.

Hinter dem Heidelberger Rathausfenster, an dem in der Nacht zum 29. Januar ein Molotow-Cocktail erschellte, schlief das Hausmeister-Ehepaar; nach dem Scherbengericht letzte Woche in Frankfurt (Amerikahaus, US Trade Center, American Express Bank) ermittelte die Polizei, daß die Scheiben in einem Falle nicht nur durch Murmeln, sondern durch Kugeln, wahrscheinlich aus einem Kleinkalibergewehr, zertrümmert worden waren — und es kann nicht verwundern, wenn Bundesbürger die im einen wie im anderen Falle unbekannt gebliebenen Täter auf der Seite der Linksradikalen vermuten, die doch Gewalt im Munde führen.

Da kann der schwache Kanzler Kurt Georg Kiesinger im Wahljahr eine starke Seite zeigen. „Gesetz und Ordnung“ ist seine Devise für den Wahlkampf; da wird nichts ausgeklammert.

„Vier, acht, zwölf, ja noch einmal zwanzig Jahre konservativen Unionsregiments“, klagte denn auch letzte Woche die „Frankfurter Rundschau“, „sind denkbar, wenn Apo und SDS weiter mit Steinwürfen, Türenaufbrechen und Aktenverbrennungen jenes Klima in der Öffentlichkeit bereiten, das der ‚Reaktion‘ die Macht verschafft.“

Ähnlich sieht Günter Graß, auch er ein Linker rechts von der Gewalt, durch die Aktionen der Ultraradikalen „ein Bild des Studentenprotestes in der Öffentlichkeit gefördert, das sich jedem Demagogen von rechts zur Be-



Parole in der Hamburger Universität, eingeworfene Scheiben im Berliner KoDeWe: „Schwächste Stelle im System“

bildung der beliebten Bürger-schreck-Psychose anbieten mußte“.

In dieser vom „linken wie rechten Irrationalismus“ beleuchteten „deutschen Zirkusnummer“ (Graß) halten manche es für geboten, Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung zu betrachten — und anzuwenden. „Die Zeit der Spielerei ist vorbei“, sagt SDS-Vorstandsmitglied Dr. phil. Reinhard Wolff.

Sozialistische Studenten, die einst geprügelt wurden, schleudern nun Steine offensiv. Sie, die sich endlich frei gemacht haben von deutscher Obediens, nutzen das reklamierte „kritische Bewußtsein“, um zu zerstören, was ihnen als faschistisch gilt.

Sie gehören zur „kleinen radikalen Minderheit“: ein paar tausend aktionistische Apo-Leute, von denen nicht einmal der Verfassungsschutz weiß, wie viele fähig wären, morgen zum Pflasterstein oder zum Streichholz zu greifen. „Was meinen Sie, was die alles machen können“, sagt ein SDS-Führer.

So viel, daß die nur mühsam einsetzenden Hochschulreformen stagnieren könnten — recht so, sagen SDSler, die Ordinarien-Universität verdient den Todesstoß (und da mögen sie recht haben). So viel, daß Bonn die Vorbeughaft und andere Gesetzesverschärfungen einführt — recht so, sagen SDSler, denn Kapitalismus führt eh' zum Faschismus (und da könnten sie irren).

Es ist uninteressant für sie, wenn Ho-Tschi-Minh-Rufe und Steinwürfe verschreckte Bürger nach rechts treiben und die berechtigten Ur-Forderungen der Apo nach Demokratisierung von Staat und Gesellschaft unter dem Vorwand von Ruhe und Ordnung abgewürgt würden. Die „FAZ“, wenn's drauf ankommt immer deutlich, gab in der letzten Woche schon eine Orientierungshilfe, was nun unter anderem zu reformieren sei: „So sollte sich

\* Oben: Aus der Untergrund-Zeitschrift „Linkeck“. Unten: Die Brandsätze wurden in der Nacht zum 4. November 1968 nach einer Aktion gegen das Pferde-Depot der West-Berliner Polizei aufgefunden.

# totaler Widerstand

1

2

3

**sehr wichtig**

Anleitung zum Bombenbau, Überfall\*: „Propaganda der Tat“

auch der neue Reichtum unauffälliger bewegen.“

Was den harten Kern des SDS bewegt und was er bewegen will, ist die Revolution — auch wenn keine revolutionäre Situation da ist. Doch, so erläutert Wolff: „Die revolutionäre Situation bestimmt sich doch nicht dadurch, daß wir die Regierungsapparate übernehmen oder den Winterpalast stürmen oder den Sturm auf die Bastille starten. Die Machtfrage stellt sich in der heutigen gesellschaftlichen Situation an anderen, auch merkwürdig anderen Punkten. Geschichtlich ist das eine ungeheure Entwicklung, die wir da hinter uns gebracht haben. Einmal im ideologischen Bereich: Wenn da einige Manipulationsmöglichkeiten entfallen, wird auf einmal Herrschaft unsicher. Das ist der ganze Bereich der Provokation, der Verunsicherung von Ritualen und so weiter. Es kann sich keine Universität eine Rektoratsfeier mehr leisten, das ist zu Ende.“

Und: „Die Machtfrage stellt sich heute durch die systematische Mobili-

sierung der Menschen, dadurch, daß sie ihre eigenen Interessen erkennen. Die französischen Arbeiter, die auf die Straße gehen und auf ihre Gewerkschaftsfunktionäre nicht mehr hören, stellen die Machtfrage. Das ist grundsätzlich auch in der Bundesrepublik möglich. Darüber täuscht auch das existierende Bewußtsein der Arbeiter nicht hinweg. Denn die Verhältnisse in der Bundesrepublik sind grundsätzlich nicht anders als in den anderen Ländern Westeuropas...“

Stärkste Basis dieser sich so darstellenden Revolution ist die Hochschule, weil sie — das hat der SDS frühzeitig und richtig erkannt — „die schwächste Stelle im System ist“. Massenansturm, Strukturschwächen, Kompetenzquellen und ein fragwürdiges Selbstverständnis mancher Wissenschaften haben die deutsche Universität so anfällig gemacht, daß sie unter dem studentischen Aufbegehren in den Fugen kracht.

Große Teile der Studentenschaft stehen links vom Establishment. Doch



Molotow-Cocktails\*, verwüstetes Amerikahaus in Frankfurt: „Ausdruck für Völkermord“

Rudolf Augstein

## PRÜGEL FÜR UNS ALLE

Da hilft kein Flehen mehr und kein Bitten, Trennendes in die Schublade zu tun und Gemeinsamkeiten zu suchen. Es gibt diese Gemeinsamkeit nicht mehr, wie es übrigens zwischen Revolutionären und der etablierten Macht natürlich ist.

Der Konflikt wird nun nach halbwegs klassischem Muster ausgetragen. Die Revolutionäre werden sich überlegen, ob sie bislang Berufs- oder Gelegenheits-Revolutionäre waren. Die Staatsmacht wird so zurückschlagen, daß sie den liberalen Schwätzern möglichst wenig Angriffsflächen bietet: also nicht den Honnefer Geldhahn zudrehen, wohl aber Studenten relegieren. Also nicht Vorbeugehaft gegen Demonstranten, wohl aber Ausschöpfung der schon existenten juristischen Handhaben gegen die Anführer. Harte Prügel für alle, die gewaltsam gegen ein Gericht oder ein Parlamentsgebäude vorrücken; äußerstenfalls einmal die Schließung einer Universität.

Wir wollen das alberne Ratespiel nicht mitmachen, wer mit der Gewalt angefangen habe. Adam oder Eva, und was demgemäß als Gegen Gewalt zu bezeichnen sei. Seit Machiavelli gilt: Jeder Revolutionär, der an Ziele glaubt, hat das Recht zur Gewalt, und die Mittel mag er nach den Mitteln seiner an der Macht befindlichen Widersacher bemessen. Von uns, die wir an den Sinn einer Revolution in Mitteleuropa nicht glauben, verlange man aber weder Rezepte noch Geld noch revolutionäre Zielsetzung.

Was sich an gewaltsamem Aufbegehren unter Studenten, Schülern und Jungarbeitern ausbreitet oder gar entläßt, ist Ernst, weil es mittlerweile jeden Fortschritt, der vom Bestehenden ausgeht, blockiert, sogar und vor allem auf dem Gelände der Hochschulen; aber daß hier Revolution stattfindet, läßt sich mit liberalen Schwätzer-Augen einstweilen noch nicht ausmachen.

Man lasse uns ungeschoren mit einem „neuen Revolutionsbegriff“. Eine Bewegung, die gar nicht darauf ausgeht, die Staatsmacht je zu okkupieren, die nur lähmen und „verunsichern“, nicht aber die bestehenden gesellschaftlichen Apparate und die Stätten der Produktion übernehmen will, mag auf Originalität und ein neues Rubrum im politischen Wörterbuch Anspruch erheben, hat aber mit Revolution nichts zu tun, und nichts mit ihrem Gegenstück, der im hausinternen Schimpfstreit erprobten „Konterrevolution“.

Daß Rektoratsfeiern nicht mehr stattfinden, daß alle heiligen Messen unserer frühen Endzeitgesellschaft nur noch hinter Polizeikordon, und am besten zu Fuß, be-

sucht werden können, mag in Apokryphen für frohe Botschaft gelten. Aber die lohnabhängigen Bürger arbeiten und sehen fern, die liberalen Schwätzer schwätzen, und die Herrschenden passen sich der, wie sie nicht ohne Grund glauben, zeitweiligen Raserei der jungen Leute an. Irgendwann, so hoffen sie, wird die revolutionäre Attitüde als solche erkennbar, wird auch die Arbeit an den Hochschulen wieder möglich sein.

Nein, wer Revolution will, wird sie auch organisieren müssen. Daß es genügen könnte, Unruhen zu organisieren, ist ein den Anarchisten lieber Wahn, der freilich eine halbe Studentengeneration befallen zu haben scheint. Ersichtlich gehen die Politiker nicht in sich, sondern werden bockig, ersichtlich wird die einzige Reform, die von den Studenten angestoßen worden ist, die der Hohen Schulen, derzeit von Studenten gehemmt.

Ersichtlich werden wir im Herbst einen Bundestag bekommen, in dem nicht mehr SPD und FDP, sondern CDU/CSU und NPD die Mehrheit haben werden, bei einer höheren Wahlbeteiligung als je. Die trotztigen Black-Power-Internationalisten mag das erfreuen, weil sie hinter einem demaskierten Faschismus den Umschwung in eine eigentums- und ausbeutungsfreie sozialistische Gesellschaft nahen sehen. Aber es wird diesen Umschwung sowenig geben wie den dazu vorher nötigen Faschismus, statt dessen den in der Christen-Union aufgestauten Honoratioren-Muff à la Hassel und Goppel.

Daß die westdeutsche Demokratie unfähig zur Reform, unfähig zum Umdenken, daß sie den Anforderungen nur notdürftig, nur wo es um Renten und Konjunktur geht, daß sie äußeren Belastungen schwerlich gewachsen ist, steht so eisern wie Adam Riese. Aber daß unsere Gesellschaft eine andere Demokratie will, steht nicht fest, und gewiß will sie nicht die Demokratie der beiden studentischen Wortführer Cohn-Bendit und Krahl, um den sonnigsten und den abschreckendsten über einen Kamm zu scheren.

Es bleibt dabei, daß freundliche Zukunftsbilder nicht genügen, wenn das Unvermögen, ihre Verwirklichung zu organisieren oder auch nur organisieren zu wollen, so kraß zutage liegt. Die Herrschenden werden die Zukunft vielleicht nicht bestehen. Aber daß sie sich von ihren gegenwärtigen Herausforderern nicht umwerfen lassen, dieser keineswegs fröhlichen Wissenschaft können nun alle sicher sein. Beide, die Etablierten und die Aufbegehrenden, waren nicht besser als ihr Ruf.

hat der SDS nur selten eine klare Führungsrolle, wie in Berlin, übernehmen können; er wirkt eher als Katalysator, den Prozeß der Rebellion immer wieder in Gang setzend. Er kann keineswegs überall den Studenten seine Taktiken aufzwingen, geschweige denn seine Revolutionsthese.

Die Apo und insbesondere der SDS haben immer wieder versucht, ihre „Massenbasis“ zu verbreitern und den „Prozeß der Bewußtwerdung“ auch außerhalb der Hochschulen zu initiieren. Das gelang bei Schülern, die der revolutionären Bewegung manchen zotigen Slogan schenkten, es gelang nicht bei den Arbeitern. Gleichwohl wännen sich SDS-Theoretiker in der Phase der „neuen Radikalität“ des schlummernden Massen-Potentials so sicher, daß sie — agitatorisch hochbegabt — von einer „radikalen Minderheit der Herrschenden“ sprechen.

Für eine kurze Zeitspanne nur mochte es scheinen, als greife die Rebellion von den Universitäten aus tatsächlich über auf breitere Bevölkerungsschichten — bei den Oster-Unruhen im letzten Jahr etwa, oder am 1. Mai letzten Jahres, als Zehntausende unter roten Fahnen durch Berlin zogen.

Wo keine Solidarisierung zustande kam, fanden die Rebellen häufig Verständnis. Die Apo hatte ihre beste Zeit: als sie der politischen Demonstration — früher nur ein bunter Tupper im City-Bild — neuen, gewichtigeren Sinn verlieh; als sie geltende Gesetze strapazierte und dadurch deren Betagtheit und Fragwürdigkeit ins Bewußtsein rückte. Und keine fundierte Kritik hätte die verkrusteten Strukturen der deutschen Justiz schärfer bloßlegen können als jener Satz, den der Kommunist Fritz Teufel sprach, als ihn ein Berliner Richter ersuchte, aufzustehen: „Na ja, wenn's der Wahrheitsfindung dient.“

Die Mischung von Kampf und Eulenspiegelerei, Provokation und Demonstration — das wirkte, das entlarvte. Es war eine Technik der begrenzten Regelverletzungen, über die Professor Habermas notierte: „Sie führen zu heftigen Abwehrreaktionen, aber auch zu dem heilsamen Schock, der ein erstauntes Nachdenken über Routinen und über unsere routinierten Verdrängungen provoziert.“

Dem Philosophie-Professor schien Mitte 1968 sogar denkbar, daß so geariteter Protest den Blick „auf eine Transformation hochentwickelter Industriegesellschaften“ — hin zu einem entbürokratisierten sozialistischen System — freigebe. Aber er warnte damals schon vor einer „falschen Einschätzung“ der gesellschaftlichen Situation: „Die neuen Demonstrationstechniken, die nur symbolische Handlungen einschließen können, verwandeln sich in den Köpfen altgedienter SDSler zu Mitteln des unmittelbar revolutionären Kampfes.“

So war es. Genau den Weg des revolutionären Kampfes beschritten SDSler und die militanten Apo-Gruppen, nachdem die Anti-Notstands-Kampagne die mangelnde Resonanz in der

Öffentlichkeit erwiesen hatte. Nach einer Zwischenphase der Enttäuschung, die 1968 aus den beiden Delegiertentagungen des SDS Begegnungen der Konfusion und Frustration machte, stellten sich die Revolutionäre auf die neue Lage ein: Nun diskutierten sie kaum noch, ob, sondern eher wann, wie und welche Art von Gewalt anzuwenden sei.

Denn sie wollen nun einmal Revolutionäre sein. Und das fairste, was Kritiker tun können, ist: sie an diesem Anspruch zu messen.

Wenn sie aber als Revolutionäre gelten sollen, ist allein die Frage wesentlich, ob sie von einer richtigen Einschätzung der gesellschaftlichen Lage ausgehen und ob die angewandten Mittel jeweils adäquat sind. Wenn sie sich irren, gilt das Wort ihres Propheten Marcuse um so mehr: „Da man sie schlagen wird, kennen sie das Risiko.“

Kaum ein SDS-Ideologe würde heute noch formulieren, was Rudi Dutschke einst so gesagt hatte: „Die terroristische Gewalt gegen Menschen ist in den Metropolen nicht mehr notwendig.“ Nicht mehr zu vernehmen sind Appelle wie die des SDS Mainz, der noch vor Jahresfrist sich „mit allen unseren Kräften zum Prinzip der Gewaltlosigkeit gegenüber anderen Menschen“ bekannte. Verhöhnt werden Genossen wie jene, die nach den Oster-Unruhen 1968 bei einer SPIEGEL-Befragung den Einsatz von Molotow-Cocktails als „politisch blödsinnig“ oder „witzlos“ abtaten.

Wohl war sich schon damals das Gros der Aufbegehrenden darin einig, daß sich „eine radikaldemokratische Bewegung nicht das Bewußtsein ihrer Ziele am Schreibtisch“ verschafft (so SDS-Theoretiker Wolfgang Lefèvre). Und sie waren sicher, daß in der Gesellschaft der Bundesrepublik an-



SDS-Vorstandsmitglieder Wolff, Behnken, Knapp: „Neue Ebene der Militanz“

dersdenkende Minoritäten „ohne Provokation... überhaupt nicht wahrgenommen“ werden (Dutschke).

Doch noch galt jenes Rebellen-Ritual, das aus dem kalifornischen Berkeley und der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung auf die Alte Welt gekommen war — Sit-in und Teach-in, Straßenaufmarsch und Parolen-Pinselei. Es waren durchweg Protestformen der „passiven Gewalt“.

Ergänzungsbedürftig erschienen vielen Studenten diese Mittel erst nach der Konfrontation mit einer Staatsgewinnung, die „bereits das Demonstrieren... als unverantwortlichen Müßiggang oder gar als Ausübung von Terror aufzufassen pflegte“ — so der Berliner Philosophie-Professor Wilhelm Weischedel damals. Das Esta-

blishment, das sich getroffen fühlte, ließ zuschlagen.

Jener Frankfurter Polizist, der Ostern letzten Jahres nach einem Knüppeleinsatz babbelte: „Ei, was dut mer de Arm weh — ma is des ja gar net mehr gewohnt“, symbolisierte den Zuschnitt einer Gesellschaft, die aus Schwäche hart reagierte. Und der Mainzer SDS-Vorsitzende Klaus Ahlheim beschrieb damals den Automatismus der Gegengewalt, der aus solcher Sonderbehandlung erwachsen mußte: „Keiner... hatte die Absicht, Steine zu werfen. Aber als die Knüppel kamen und die Pferde, als man Leute ohnmächtig sah und Angstschreie hörte... haben junge Leute in blinder Wut Brocken aus dem Rasen gerissen und nach Steinen gesucht.“

Entrüstung, Zorn und die neugewonnene Erkenntnis, sich in Westdeutschland in schlechter Gesellschaft zu befinden, trieb Tausende in die losen Reihen der Apo. Und viele erkannten mit Marcuse: „daß es für unterdrückte und überwältigte Minderheiten ein ‚Naturrecht‘ auf Widerstand gibt, außergesetzliche Mittel anzuwenden, sobald die gesetzlichen sich als unzulänglich herausgestellt haben. Gesetz und Ordnung sind überall und immer Gesetz und Ordnung derjenigen, welche die etablierte Hierarchie schützen; es ist unsinnig, an die absolute Autorität dieses Gesetzes und dieser Ordnung denen gegenüber zu appellieren, die unter ihr leiden und gegen sie kämpfen...“

Das traditionelle Gewalt-Monopol des Staates war damit in Frage gestellt. Die oft Geprügelten, ständig Theoretisierenden fanden einen gedanklichen Fixpunkt in der Unterscheidung zwischen „reaktionärer Gewalt“ und „progressiver Gewalt“. Der

\* Am 5. Februar dieses Jahres anläßlich eines Verfahrens gegen das Frankfurter SDS-Mitglied Hans-Jürgen Krahl wegen Hausfriedensbruchs und versuchter Nötigung.



Polizei-Aufgebot bei SDS-Prozeß: „Phase neuer Radikalität“



Apo-Anhänger Mahler  
„Neue Demonstrationstechniken ...“

Apo-Philosoph Dr. Oskar Negt, Assistent bei Habermas, erläuterte reaktionäre Gewalt: „die Zerstörung eines vietnamesischen Dorfes durch die Amerikaner“; progressive Gewalt: „das Niederbrennen und Plündern amerikanischer Warenhäuser“ durch Neger-Minderheiten, die „im proletarischen Elend des 19. Jahrhunderts“ festgehalten werden.

Die Straßenkampf-Praxis förderte neue Unterscheidungen. Es kam zur Gewaltenteilung: „Gewalt gegen Sachen“, die erlaubt war, wurde abgesetzt von der „Gewalt gegen Personen“ — die noch mißbilligt wurde.

Doch im April letzten Jahres, nach den Oster-Unruhen, verwischte Apo-Anwalt Horst Mahler die Grenze, als er auf die Frage, ob bei Kampf demonstrationen Todesfälle „einkalkuliert“ werden müßten, entgegnete: „Das ist genauso, wie wenn ich mich an das Steuer eines Autos setze und damit rechnen muß, daß ein Reifen platzt.“

Ein halbes Jahr später erhob der Berliner SDS-Kämpfer Christian Semler die von Mahler verteidigte Regelverletzung zur Regel. Die „alte Unterscheidung“ zwischen Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen, so erklärte Semler, sei „überholt“.

Der „Wendepunkt“, mit dem eine „neue Ebene der Militanz“ (Semler) erreicht war, zeigte sich an, als im November 1968 Studenten und Rocker mit Steinen gegen die Berliner Polizei vorrückten: 130 Verletzte bei der Polizei — sechsmal mehr als bei den Angreifern. FU-Assistent Johannes Agnoli befand, daß „eines der interessantesten und schwerwiegendsten deutschen Tabus gebrochen wurde, daß nämlich Demonstranten in Deutschland nie militant werden dürfen gegen die Polizei“.

Das Berliner Untergrund-Blatt „Radikalinski“ (mit den Köpfen von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao im Titel) schrieb: „130 Bullen haben jetzt ein Loch im Kopf. Wenige beklagen das.“

Als der Berliner Kommunist Fritz Teufel im Mai 1967 auf Flugblättern, die noch satirisch gemeint waren, zum Feuerlegen in Warenhäusern aufrief, schloß ihn der SDS prompt aus: „Scheinradikalismus“.

Als im April 1968 nach Brandbombenwürfen in zwei Frankfurter Kaufhäusern rund 2,2 Millionen Mark Schaden entstand, äußerte sich der SDS-Bundesvorstand „zutiefst bestürzt“. Doch Teufels Kommune I artikuliert nun schon die Hoffnung, daß „eine mögliche Verurteilung der Frankfurter Brandstifter das Mittel der politischen Brandstiftung in Zukunft nicht disqualifiziert“.

Fünf Monate später beklatschten die Delegierten der Frankfurter SDS-Bundeskonferenz einen Auftritt des ausgestoßenen Teufel („Leute, die Warenhäuser anzünden, sind mir lieber als Leute, die Warenhäuser besitzen“) und boten ihm den Wiedereintritt in den SDS an.

Und im Oktober, als die Warenhausbrandstifter in Frankfurt vor Gericht standen, solidarisierten sich der SDS und der deutsch-französische



Apo-Anhänger Negt  
... wandeln sich in den Köpfen ...

Studentenführer Daniel Cohn-Bendit mit ihnen: „Sie gehören zu uns.“

Wie stets, lieferte der SDS sich selber und anderen linken Gruppierungen, die mit Gewalt die Welt verbessern möchten, beizeiten die ideologische Rechtfertigung für die totale Volksbefreiung. Denn über Gewalt, so SDS-Bundesvorstandsmitglied Reinhard Wolff, ist „nicht zu reden, ohne über die Verhältnisse zu reden, in denen Gewalt geschieht“.

Und die Verhältnisse, die sind so: Es gebe, so eine jüngst in Berlin herausgegebene Agitationsbroschüre, „zwei Sorten von Waffensystemen“, mit denen der Staat für Ruhe Sorge,

- ▷ erstens: „Maschinengewehre, Panzer, Flugzeuge, Gummiknüppel“,
- ▷ zweitens: „Spielregeln“, auch ‚Moral‘ genannt, ‚Ordnung‘, ‚Anstand‘. Das zweite Waffensystem dient dazu, Geld zu sparen, Ruhe und Ordnung billiger zu erhalten“.

Denn: „Weil man nicht ganze Völker in Konzentrationslager sperren kann und weil man nicht jeden Bürger durch zwei Polizisten bewachen lassen kann ... hat man die Moral erfunden und die Metaphysik. Diese Erfindung war so genial, daß heute alle Mütter und Väter zu ihren Kindern sagen: ‚Du sollst nicht stehlen‘ — obwohl sie sich selbst ihr ganzes Leben lang bestehlen lassen“ — von einer kleinen „radikalen Minderheit“ der Kapitalisten, die freilich ihre gigantischen Diebereien durch manipulierte Informationen geschickt zu verschleiern verstünden.

Wer immer aber das Sperrfeuer der herrschenden Ordnung durchbrochen hat, gerät nach dieser Lesart in die Apparatur der „Klassenjustiz“, unter die Knüttel der Polizei oder vor die Gewehrläufe einer Notstandsarmee; daher: „Kapitalismus führt zum Faschismus, Kapitalismus muß weg.“

So werden Gewaltaktionen, die Nichteingeweihten als sinnlos erscheinen, neu definiert als „Widerstandsaktionen“ gegen das „Verbrechen der Ausbeutung“, das — so ein Apo-Sprecher jüngst bei einem Teach-in in der Technischen Universität von Berlin — „die Unternehmer“ begehen. Die Kapitalisten seien gemeinsam mit den von ihnen korrumpierten Parteien „verantwortlich für das Elend von Millionen ... für die Hunderttausende, die in den Gefängnissen und Zuchthäusern ihr Leben verdämmern ... für Hunderttausende von Geisteskranken und für Millionen von Alkoholikern ... für Tausende sterbender Mütter und sterbender Säuglinge, für Tausende verkrüppelter Kinder ... für Millionen von Obdachlosen“.

Mit einer ganz gewöhnlichen Revolution, so hat die radikale Linke erkannt, lasse sich das Elend nicht wenden — vor allem deshalb, weil die Elenden sich ihrer Tragödie noch kaum bewußt seien. Folglich sei es notwendig, die Herrschenden zu demaskieren und mithin dem Volk das zweite, wahre Gesicht sichtbar zu machen.

Das aber ist — da Aufklärungsschriften vor Fabrikatoren von Arbeiterstiefeln achtlos übergangen



Apo-Anhänger Semler  
... zu Mitteln des Kampfes“

wurden — nach Meinung mancher Revolutionäre durch eine „Propaganda der Tat“ möglich.

Genau diese Taktik hat vor einem Jahrhundert der Russe Michail Bakunin beschrieben. Er war Anarchist. „Zuerst“, schrieb Bakunin 1869, müßten solche Taten „gleichsam als Ausnahmefälle“ erscheinen, „die von den Zeitgenossen als Handlungen des Fanatismus oder der Wut bezeichnet werden, dann aber immer mehr und mehr in verschiedenen Formen wiederkehren, um dann gleichsam zu einer epidemischen Leidenschaft der Jugend zu werden und sich schließlich in einen allgemeinen Aufstand zu verwandeln“.

„Dieser permanent praktizierte Terror“, so variiert hundert Jahre später eine Links-Flugschrift den Klassiker des Anarchismus, „wird zur Folge haben, daß die vom Staat ausgeübte Gewalt, die im Augenblick noch sehr gut verschleiert ist und wird, offen hervor-

der Februar-Nummer die Kommilitonen auf, sich in „kollektiven sozialen Formen zu organisieren“, um „die Angst vor der Vereinzelung zu überwinden“, die „uns hindert, unsere Bedürfnisse unmittelbar zu befriedigen und praktisch revolutionär tätig zu werden, die uns hindert, Bücher und Lebensmittel zu stehlen, Warenhäuser und Kirchen anzuzünden, Molotow-Cocktails in Polizeiwachen und Regierungsgebäude zu werfen. „Wir werden es tun müssen, um den Kapitalismus zu stürzen“.

Es sei „doch schwachsinnig“, lehrte ein Flugblatt in Berlin, „vor dem Rathaus Schöneberg die Internationale abzusingen oder den verantwortlichen Bonzen ein Plakat entgegenzustrecken mit der Aufschrift: 500 Tote pro Tag in Vietnam — Ich bin Christ! Das läßt die Bonzen doch völlig kalt. Das ist eine Sprache, die sie nicht verstehen“.

Welche Sprache sie verstehen, hatte ein Teilnehmer des SDS-Kongresses in

Daß solche Lektüre absolviert worden ist und das Klima, das derlei Kampfanweisungen schaffen, Gewalt zeugt, belegen Serien von Brandbomben-Anschlägen.

Die Hamburg-„Bergedorfer Zeitung“ brach unlängst „ein ‚Stillhalteabkommen‘ zwischen der Hamburger Polizei und der Presse“, das geschlossen worden war, weil „niemand zur Nachahmung angeregt“ werden sollte. Das Blatt meldete, Unbekannte hätten mittels Molotow-Cocktails in einer Novembernacht auf dem Hof einer Bergedorfer Polizeiwache einen Einsatzwagen ausgebrannt, und schon im Mai sei in Schwarzenbek bei Hamburg ein Polizeifahrzeug durch drei Brandflaschen beschädigt worden.

Brand-Cocktails, von Polizeibeamten erstmals während der Osterunruhen in Frankfurt und Hamburg entdeckt, flogen in das Rektorat der Universität Marburg, in das Rektorat der Freien Universität Berlin, in Räume der Berliner Technischen Universität, in ein griechisches Reisebüro in München und gegen die Spanisch-Deutsche Bank in Frankfurt. Brandflaschen landeten in der Neujahrsnacht im Frankfurter Kreiswehrratsamt und im November im Stroh eines Pferde-Depots der Berliner Polizei. Ein Pferd namens „Zerline“ brannte an, und Kommunist Dieter Kunzelmann bemerkte: „Immerhin, es ist ein Anfang.“

„Steckt diese Bruchbude in Brand“, forderte während des Frankfurter Kaufhausbrand-Prozesses der Angeklagte Thorwald Proll seine Genossen im Zuhörerraum auf. Stunden später, nachts gegen 3.25 Uhr, flogen Molotow-Cocktails durch ein Fenster in das Erdgeschoß-Zimmer 22 des Frankfurter Gerichtsgebäudes B und setzten Tapeten, Schreibtische und Akten in Brand.

Ein Feueranschlag gegen das Kriminalgericht Moabit richtete nur geringe Sachschäden an — ebenso Brandstiftungen in den Amerikahäusern in Tübingen, wo nach einem studentischen Go-in in einem Wandschrank Feuer gelegt wurde, in Frankfurt, wo drei Molotow-Cocktails den Lesesaal zerstörten, und in München, wo Mitte Januar ein Fenster mit einer petroleumgefüllten Laterne eingeworfen wurde.

Feuerbomben platzten im Berliner Landesverwaltungsamt, in der Frankfurter Filiale des US-Unternehmens Dow Chemical, das Napalm-Bomben für den Vietnam-Krieg produziert, und auf einem Güterzug, dessen Fracht, wie die Täter annahmen, für Griechenland bestimmt war.

Dem Anschlag auf die Bundesbahn war eine Resolution des Münchner SDS vorausgegangen, in der „Sabotageakte“ gegen „die Herstellung und die Beförderung von Exportgütern für Griechenland“ gefordert wurden. Und wie die Güterwagen für die bombardierende Linke den Pakt zwischen dem Bonner Herrschaftssystem und der griechischen Diktatur anzeigen, so verfügen auch andere Angriffsziele über einen taktischen Symbolwert. Denn „diese Aktionen“, so ein SDS-



Apo-Redner Cohn-Bendit: „Wir brauchen eine Offensive“

tritt. Und erst dann, wenn der Staat die Gewalt offen praktiziert, können wir diese Scheiß-Gesellschaft mit angemessenen Mitteln bekämpfen und vernichten.“

Beim jüngsten SDS-Kongreß in Hannover zierte ein Bakunin-Porträt die Saalwand, Bakunins Werke liegen in den einschlägigen Buchläden aus, und bei Berliner Apo-Demonstrationen ist mitunter zu hören: „Vivat Bakunin.“ Für den Vizechef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Günter Nollau, ist die „Renaissance des Anarchismus“ offenkundig. „Wenn kein Umsturz möglich war“, erläuterte Nollau das historische Modell, „dann mußten Gewaltakte einzeln die Welt auf das soziale Elend hinweisen und so schließlich der Revolution den Weg bahnen.“

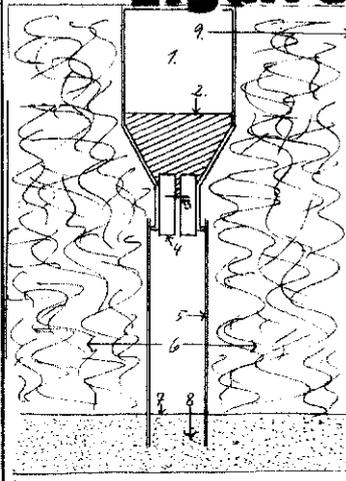
Für Daniel Cohn-Bendit ist „der große Genosse Martin Luther King nicht mehr so gefragt“, denn „wir brauchen eine Offensive der Gewalt“. Kiels Studentenblatt „Skizze“ rief in

Hannover begriffen: „Wer jetzt nicht bereit ist, Molotow-Cocktails ... zu werfen, hat bei uns nichts zu suchen.“ Er bekam Beifall. Und längst weiß jeder, der dazu gehören will, aus den Rezeptseiten der Untergrund-Presse, wie man derlei Cocktails mixt.

Das Untergrund-Blatt „Linkeck“ empfiehlt — „zur Bekämpfung lebender Ziele“ — Verfeinerungen: „Zur Erhöhung der Splitterwirkung können Steine und Alteisenabfälle, wie Schrauben, Nägel usw., unter den Sprengstoff gemischt werden.“

Unter einem Mao-Wort — „Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen“ — empfiehlt „Radikalinski“, „für Mauersprengungen und Autoentfernungen“ eine bestimmte Mischung aus Zucker und Natriumchlorat, abgefüllt in Fahrradrahmen-Rohre. Um „die Wände eines Papier-tigers (Wasserwerfer) zum Glühen“ zu bringen, sei ein „Warschauer Cocktail“ aus Dieselloil und Schwefelsäure, auf („saubere!“) Flaschen gezogen, geeignet: „Siehe Chemiebuch.“

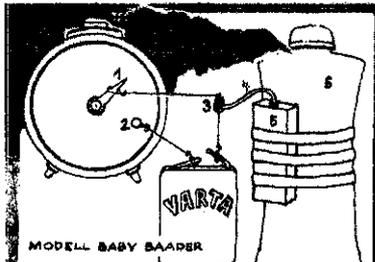
# Bomben zigarre



1. Eine Flasche
2. Salpetersäure
3. ein Zylinder (10)
4. Kupferblech
5. Durchbohrter Papprohr
6. Gelegtes Sägespäneschnitzel
7. Mit Seidenpapier umklebter Lunkloratbeutel
8. 50 g Kaliumchlorat
9. Um alles herum schachtel

**Hinweise:**

1. Die Idee der aus dem 'Kochbuch' des deutschen Besatzungsbüchse' entnommenen 'Zigarre' wurde durch die Bibliothek des ein Buch aus dem 'Kochbuch' entnommenen 'Zigarre' während der Zeit bei Nichtbenutzung der Schachtel oder Lagerung und getrockneten Salpetersäure schonungslos ist.
2. Wenn die 'Zigarre' soll, muß die Kopf gestellt ca. 20 - 30 cm Salpetersäureplättchen durch bei der Verpackung Kaliumchlorat beginnt die Zigarre.



1. KUNSTSTOFFLAGER DES WONDERS ERFAHREN, DER STUNDENLEGER (1) STELLT DURCH DIE SCHRAUBE IM ZIFFERBLATT (2) ZUR GEWÜNSCHTEN ZEIT DEN STROMKREIS ZUM GLÜHKOPF EINES LEUKRITISCHEN GASANZÜNDERS (3) HER.
2. DER FUNKLEUCHTER WIRD DURCH LUNDSCHNUR (4) ZUM BEHALTER MIT SCHWARZ- ODER RAUCHPULVER (5) GELEITET.
3. DAS LEUKRITISCH SCHWARZPULVER SCHMELZT DIE PLASTIKFLASCHE (6) DURCH, DAS AUSFLIEßENDE FLÜSSIGKEIT FÜRZT FEUER.

REZEPT MIT DER BUNDESWEHR  
ALLE NICHT DEN BÄNDEN

KAPFNETZ

A. SCHRITTWEISE  
I. CHEMIE  
A. KALITHO ODER NATURKUNSTSTOFF  
IN FÜR DIE APOTHEKE ERHALTEN  
II. PHOSPHOR  
III. MISCHUNG BEIDES IN VERHÄLTNISS 1/1  
IV. VERMISCHUNG BEIDES MIT TRIMMIGEM UR

NITRO SPRENGSTOFF  
A. 1 FLASCHE KOKO IN GLASZIT  
B. 1 FLASCHE KOKO IN KALPETERSÄURE  
C. BEIDE FLASCHEN ZUSAMMENBRINGEN  
D. ZUNÜBERNACHST DURCHSCHLAG ODER DRUCK MIT HILFE VON 1 FLASCHE

b. waffen  
a. Handfeuerwaffe  
b. gepanzerter Überzug

LIEFERUNG THEODOR KÖRNER  
KASERNE OST RANG NE MITTWE  
NIEDERLAGE  
WAS NICHT EIN KUNSTSTOFFER  
BUDEN OHNE KAPFNETZ  
ALLES LIEGT ZUR BESCHREIBUNG  
NIEDER MIT DER BUNDESWEHR  
ALLE NICHT DEN BÄNDEN

REZEPT DERON TROMBOSCHEN DRUCKERT 3 400 w/ sec  
a. KUNSTSTOFFERSTRICH  
b. KALPETERSÄURE KOKO IN  
c. EXPLOSION ERFOLGT MIT DRUCK ODER DURCH FLASCHE

Th. Körner Kaserne  
Munition wieder Lüneburg

Lüneburg → Dahlenburger Landstraße → PANZER → Th. Körner Kaserne

Terror-Rezepte in Untergrundschriften: „Süßes in den Tank“

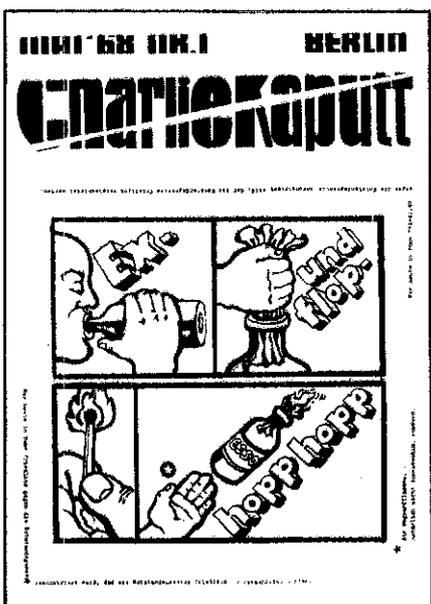
Vorstandsmitglied, „sind nicht sprachlos, sie sind von jedem zu verstehen“. Resonanz-Objekte sind

- ▷ Kaufhäuser, in deren Scheiben Steine prasseln; sie illustrieren eine Wirtschaftsform, die dazu nötig, „ständig gesellschaftlichen Reichtum zu vernichten: Millionenfach wird Arbeitskraft und Zeit und Material verschleudert durch Alle-zwei - Jahre - ein - neues - Modell, durch eingebauten Verschleiß, durch immer neue Verpackungen, durch eine Forschung, die nicht der Verbesserung der Produkte dient, sondern ihrer Verkäuflichkeit, nicht ihrer Haltbarkeit, sondern der Beschränkung ihrer Haltbarkeit; eine Werbung, deren Kosten ständig steigen müssen, treibt Schindluder mit der Arbeitszeit und Arbeitskraft der Massen, betrügt sie um ihre Bedürfnisse“.
- ▷ Gerichtsgebäude, in denen Brände aufflackern; sie erscheinen als Stätten „spätkapitalistischer Klassenjustiz“, die eine „Frau in der Strumpffabrik bestraft, die Strümpfe klaut, nicht die, die aufgrund ihrer Eigentumsrechte die Produktion unzerreißbarer Strümpfe verweigern“, die den „Autofahrer bestraft, dem der Reifen geplatzt ist“, nicht jene Bürger, die eine „technisch längst mögliche Produktion von haltbaren Reifen verhindern“.
- ▷ Universitäten, deren Rektorate verwüstet werden; sie gelten als Instrumente „jener Kräfte in Wirtschaft und Gesellschaft“, die „daran interessiert sind, anpassungsfähige Spezialfunktionäre, nicht aber kritisches Potential an den Hochschulen auszubilden“.
- ▷ Amerikahäuser, in denen Molotow-Cocktails platzen; sie verkörpern einen Staat, dessen „Völkermord in Vietnam“ ein „notwendiges

Resultat der kapitalistischen Produktionsweise in ihrem höchsten, imperialistischen Stadium“ ist — und damit „Ausdruck einer Gesellschaft, die bei uns mit einem rasch widerrufbaren System von Scheinfreiheiten das wahre Bedürfnis der Massen nach Selbstbestimmung niederzuhalten trachtet“.

- ▷ Kasernen der Bundeswehr, vor denen zur Sabotage aufgerufen wird; die Armee hat, wie die Polizei, „als Instrument der radikalen Minderheit in diesem Land“ eine „latente Bürgerkriegs-Funktion“.

Das Militär ist für den militanten Teil der Apo denn auch ein besonders griffiges Symbol, aus dem das Dilem-



Berliner Untergrundblatt „Zucker zum Glühen“

ma der westdeutschen Gesellschaft erhellt. SDS-Funktionäre über einen Brandbomben-Anschlag auf das Frankfurter Kreiswehrersatzamt: „Die Arbeiter verstehen das unmittelbar. Die wissen, das ist die Stelle, an der die Bürger in den Apparat hineingeschleust werden.“

Auf die Frage, ob etwa bei Sabotageakten gegen die Bundeswehr Menschenleben aufs Spiel gesetzt werden sollten, antworteten im Dezember Münchner SDS-Mitglieder dem SPIEGEL unterschiedlich: Das

- ▷ sei „absolut legitim“, soweit es sich um das Leben von Berufssoldaten handle.
- ▷ Die anderen: Das sei nur „partiell legitim“; denn auch unter Berufssoldaten gebe es Anständige, wenn gleich Verführte — daher müsse man „selektieren“.

Und in Berlin erklärten SDS-Mitglieder, Angriffe auf Ordnungshüter wie Polizisten — und, im Notstandsfall, Soldaten — seien gar nicht „gegen Personen“, sondern „gegen Sachen“ gerichtet und daher zu billigen. Denn: „Polizisten sind zu Knüppeln gewordene Menschen.“ Bernd Rabehl sagt: „So wie die Polizisten uns zusammenschlagen und fertigmachen, müssen sie damit rechnen, fertiggemacht zu werden.“

In Lüneburg verteilten Unbekannte Flugblätter mit Sprengstoff-Mixrezepten — etwa „Hexogen — Detonationsgeschwindigkeit 8400 m/sec“ — und der Kartenskizze einer Munitionsniederlage in der Lüneburger Theodor-Körner-Kaserne.

In Saarbrücken tauchten letztes Jahr Aufrufe auf (Impressum: „Sozialistischer Deutscher Studentenbund, verantwortlich: Wolker Wolf“), in denen es hieß: „Wenn wir gegen die Not-

# „KLEINERES ÜBEL, SAUBERES VERFAHREN“

Beitrag eines Berliner SDS-Autorenkollektivs

Nach Benda hat seit 500 Jahren der Staat das Monopol auf Gewalt. Dieses zynische Bekenntnis eines Vertreters der herrschenden Clique der BRD zeugt davon, daß der Faschismus als Herrschaftsform akzeptiert wird, wenn auch manche Ausführungsbestimmungen (Vergasen) sich für den bundesrepublikanischen Nachfolgestaat als politisch hinderlich und zu kostspielig erwiesen haben.

Für die studentische Opposition ist es inzwischen nicht mehr erstaunlich, daß die bürgerliche Presse gegen diese Erklärung Bendas nichts, gegen die studentischen Aktionen gegen diesen Notstandsstaat aber alles einzuwenden hat. In einer Situation, in der die Demokratie von oben abgeschafft wird und in der zugleich die Studenten den Polizeistaat direkt bekämpfen, bleibt dem Liberalismus nichts anderes übrig, als das zu tun, was seinem Prinzip widersprechen sollte: Er muß Partei ergreifen.

Er ergreift Partei, in dem er nicht die Gewalt des autoritären Staates, sondern die studentische Gegen-gewalt angreift. Dadurch leistet er seinen Anteil an der Kriminalisierung der radikalen Opposition. Die bürokratisch geregelte Gewalt des Staates — Vorbeugehaft, Strafverfahren, Relegationen, Stipendien-streichung — erscheint als das kleinere Übel, als sauberes Verfahren gegenüber den direkten Aktionen der Studenten, bei denen Fensterscheiben zu Bruch gehen, Akten verbrannt werden und verletzte Demonstranten und Polizisten die demokratisch-bürokratische Ordnung stören.

Das liberale Selbstverständnis gipfelt dann auch in dem Bekenntnis, daß eine Diktatur von Zeit zu Zeit die Gesellschaft vom „Unrat“ der Demokratie zu säubern habe. Für die sozialistische Opposition in der Studentenschaft ist die Zeit vorbei, in der die Beurteilung ihrer Forderungen in der bürgerlichen Presse die Kriterien ihrer Aktionen waren.

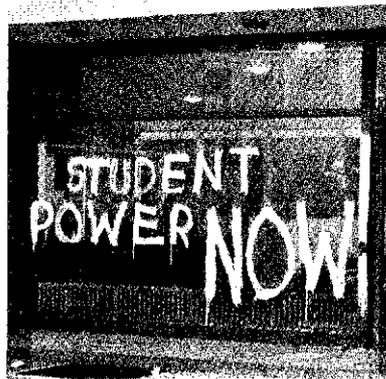
Die herrschende Bürokratie hat, bevor die Studenten es konnten oder wollten, die Machtfrage gestellt. Die Studenten haben darauf mit Mitteln geantwortet, die sich nicht mehr vor der bürgerlichen Moral, sondern einzig noch vor den Anforderungen des sich entfaltenden Klassenkampfes zu verantworten haben.

Die Aktion am Tegeler Weg in Berlin gegen die Justiz war eine humane und emanzipatorische Aktion, weil sie zum erstenmal mit der kleinbürgerlichen Selbstbeherrschung gebrochen hat, die die Vorbedingung der Herrschaft der Bourgeoisie ist. Sie hat gebrochen mit der Vorstellung, daß der Prote-

stierende und Opponierende immer nur das Opfer der Staatsgewalt sein kann.

Der Abbau des kleinbürgerlichen Bewußtseins der Studenten, der sich gerade aufgrund des Kampfes mit den Ordinarien innerhalb der Universität vollzieht, ist die Voraussetzung für die Ausübung der revolutionären Wissenschaft, die sich im Kampf gegen die Staatsbürokratie und in der revolutionierenden Aufklärung der Studenten- und Arbeitermassen realisiert.

Das Einbrechen von Fakultäts-türen, die Verwüstung von Dekanaten, der Sturm auf Rektorate, die Verbrennung von Akten sind Mittel, diesen Revolutionierungsprozess an der Universität gegen den Widerstand der Ordinarien und der staatlichen Bürokratie durchzuführen.



Studentenparole in Berlin  
„Wissenschaft als Widerstand“

ren. In ihnen hat die Forderung, die während der Notstandskampagne erhoben wurde, die Organisation der Wissenschaft als Widerstand, ihre praktische Dimension ebenso wie in den an den Universitäten eröffneten Diskussionen über die Perspektiven revolutionärer Berufspraxis.

Der Streik an den Universitäten organisiert die Studenten auf einer neuen Ebene. Er organisiert sie nicht mehr als staatsbürgerlich engagierte Individuen, sondern als wissenschaftliche Arbeiter, nicht als Bürger, denen das Recht auf Demonstrationen grundgesetzverankert ist, sondern als revolutionäre Lehrer, Rechtsanwälte, Ingenieure et cetera, die mit den unterdrückten Schichten und Fraktionen der Arbeiterklasse den Kampf für eine sozialistische Gesellschaft aufnehmen.

Bürgerliche Journalisten können deshalb den Kampf der Studenten nur mit zynischen und denunziatorischen Mitteln beschreiben, weil sie nicht in der Lage sind, diesen Kampf in ihren eigenen Redaktionen und Verlagshäusern zu führen.

standsgesetze sind, dann müssen wir gegen deren praktische Vorwegnahme kämpfen. Wir müssen zu den Waffenlagern der Territorial-Verteidigung in Saarbrücken gehen.“

In München plant der SDS, in der Nähe von Kasernenhöfen Raketen mit Zetteln abzuschließen, auf denen zur Sabotage aufgefordert wird: „Man kann Getriebe so oder so schalten. Man kann auch Süßen in den Tank tun. Wer nachdenkt, dem fällt sicher viel zur praktischen Abrüstung ein.“

Mit Sabotage-Akten will der SDS-Bundesvorstand freilich noch nichts zu tun haben. Für erfolversprechend hingegen hält SDS-Vorstandsmitglied Reinhard Wolff etwa die SDS-„Ankündigung, man wolle an einem Standort mit den Soldaten diskutieren. Dann ist es entweder bei uns knackvoll, oder die Bundeswehr verhängt für den Tag Ausgangssperre. Das ist ja viel wirksamer als Sabotage“.

Bei einer Klausur-Tagung, die von Mitgliedern des SDS und des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer (VK) in Rüsselsheim veranstaltet wurde, war man sich einig, daß sich „in der gegenwärtigen Phase... Sabotage... nur gegen die Saboteure und gegen die Aktivgruppen“ wenden würde und daher „als gefährlich anzusehen“ sei. Jedoch — so ein Berliner Apo-Blatt „Extradienst“ veröffentlichtes Protokoll — in „einer langfristigen Strategie hat Sabotage durchaus einen Stellenwert als Mittel zur Verhinderung eines effektiven Einsatzes (innerer Notstand)“.

Als „Ausgangspunkt einer auf die Ebene der Praxis transformierten Bundeswehrkampagne“ dient SDS-Strategen „das im Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK) zentralisierte Potential“, wie unlängst im internen „SDS-Info“ stand. Immer häufiger werden bei VK-Vorstandswahlen Pazifisten durch SDS-nahe Anti-Bundeswehr-Kämpfer abgelöst, die genug haben von den „religiös, moralethisch-tugendhaften Phrasen“ der „dogmatischen Moralpazifisten“. Der „SDS-Info“ über das Vordringen militanter Genossen im Hamburger VK: „Die Vorstandswahl war ein permanenter Orgasmus... Das Trommelfeuer in die Presse der Exekutive hat begonnen.“

In das Schema, nicht nur die Apparaturen der Herrschaft, sondern auch die Apparatschiks des Systems zu erschüttern, fügt sich die „neue Strategie“ der Apo-Anarchisten: „Psychoterror“ und „individueller Terror“.

Mitunter rufen sie: „Gegen Aktionäre helfen nur Gewehre“ und „Schmeißt auf Bürokraten Eierhandgranaten“. Und sie suchen Juristen zu verunsichern durch makabres Gerede: Demnächst würden Richter-Kindern die Häuse durchgeschnitten und Richter-Frauen vergewaltigt.

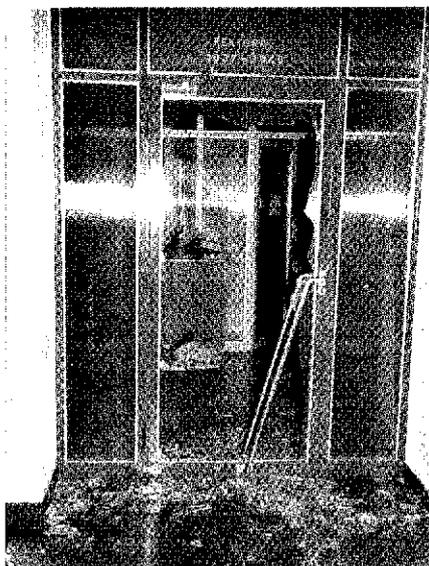
„Es kann nicht schaden“, so ein Berliner SDS-Mann, „wenn wir bestimmten Richtern und Staatsanwälten auf Schritt und Tritt folgen.“ Und im Ber-

liner „FU-Spiegel“ schrieb ein „SDS-Autorenkollektiv“: „Es mag eine armselige Möglichkeit sein, einen reaktionären Richter so lange zu terrorisieren, bis er psychisch zusammenbricht; nichtsdestoweniger ist es eine praktikable und organisierbare Möglichkeit, die mindestens in geringem Umfang Erfolg verspricht.“

Deshalb wurde Staatsanwälten auf Flugblättern angekündigt, sie würden demnächst verschleppt werden. Deshalb flogen Steine in die Fenster des Richters Eberhard Drygalla, der Beate Klarsfeld wegen einer Kanzler-Backpfeife mit einem Jahr Gefängnis bestraft hatte (SDS: „Eine adäquate Antwort auf ein Terrorurteil sondergleichen“). Deshalb fragten den rechten FU-Professor Momme Mommsen nachts anonyme Anrufer: „Schon mal was von Salzsäure gehört?“ — und im Hintergrund ertönte ein schriller Frauenschrei.

So geraten Aktionen gegen das verachtete System, gegen die Apparate, gegen die Maschinerie, zur Tortur einzelner. „Die Humanität radikaler Politik hat im besten Falle die Gattung Mensch, nicht aber den konkreten Mitmenschen im Blick“, schreibt der Mainzer Polit-Professor Manfred Hättich. Und auf die SDS-Argumentation „Wir schlagen nicht dich, sondern das System“, erwidert Hättich: „Nichts anderes als Anpassung an alte, mit ihren Wurzeln in die Primitivität reichende Strukturen, wo der Pfeilschuß nicht dem Schützen, sondern dem Stamm, das heißt aber immer den anderen zugerechnet wird.“

Daß ein Risiko von Personenverletzungen in Kauf genommen werden muß, um den Systemen zu schaden, ist für SDS-Theoretiker ebenso unbestritten wie die Erkenntnis, daß revolutionäre Gewalt derzeit an bestimmte Auflagen gebunden sei. Militante Aktionen sollen



Demoliertes Rektorat in Berlin  
„Da wird Herrschaft unsicher“

- ▷ die Verderbtheit der Institutionen für jedermann sichtbar machen (SDS-Vokabel: „vermitteln“) — Anschläge gegen Amerika-Häuser zielen auf US-Imperialismus;
- ▷ potentiellen Revolutionären in anderen Bereichen der Gesellschaft als „Lehrstück“ dienen;
- ▷ die Ignoranz der Autoritäten „transparent“ machen und den „latenten Faschismus“ der spätkapitalistischen Gesellschaft hervorlocken.

So ist „jede verbrannte Akte dieses Systems“, wie SDS-Bundesvorstandsmitglied Reinhard Wolff erläutert, „ein Gewinn“. Werden vertrauliche Papiere veröffentlicht, offenbart sich nach SDS-Meinung die „Geheimstruktur der Bürokratie“.

Für „problematisch“ hält der SDS dagegen die Frankfurter Kaufhausbrandstiftungen, weil ihr Sinn — Protest gegen „Konsum-Faschismus“ — „ungeheuer schwierig zu vermitteln“ war (Wolff). Sinnvoller ist es nach Ansicht des Frankfurter SDS-Mitgliedes Antonia Grunenberg, „wenn man den ganzen Scheißdreck, der da ausliegt und zu irren Preisen verkauft wird, auf die Straße wirft und verteilt“.

Die Bedingungen jeder Aktion, zu vermitteln, zu belehren und zu entlarven, werden freilich von Randgruppen inner- und außerhalb des SDS immer häufiger ignoriert. Intern mißbilligt werden etwa Aufrufe wie: „Zündet alles an, was euch nicht paßt“ — „Bauwagen, Autos und Kioske“ oder „Altersheime“ und „Tankstellen“.

Solche „putschistischen“ Empfehlungen werden von SDS-Mitgliedern höherer Bewußtseinsstufe „wirklich eher mit Kriterien der politischen Psychologie denn einer politischen Strategie“ gemessen (Antonia Grunenberg). Für den Berliner SDS-Mann Bernd Rabehl werden derlei „radikale Phrasen“ häufig von Apo-Anhängern verbreitet, die „sehr stark unter neutroischen Einflüssen stehen“.

Zwar erkennt Rabehl „die Gefahr der Rückwirkung auf den SDS selbst“. Doch distanzieren möchten sich die sozialistischen Studenten von solchen Putschisten nicht. Denn einerseits wollen sie der Herrschaft nicht das Bild einer aufgesplitterten Revolutionsfront bieten, andererseits fühlen sie sich mitverantwortlich auch für Unverantwortliches — zumal in SDS-Sicht selbst Aktionen, die aus Wut und Verzweiflung gestartet werden, einen „rationalen Kern“ haben.

Die Möglichkeiten, Putschisten zu revolutionärer Disziplin zu zwingen, hat sich der SDS selber genommen. Der Verband hat sich zunehmend desorganisiert, die einzelnen Gruppen agieren nebeneinander, kaum noch miteinander. Und Kontrolle widerstrebt auch dem Selbstverständnis der Antiautoritären. „Wir haben keine Sicherheitspolizei“, sagt Reinhard Wolff, „und wir wollen auch keine haben.“

Hätte man eine, so wäre sie nur bedingt abwehrbereit. Denn von denen,



Aktenverbrennung in Berlin  
„Geheimstruktur der Bürokratie“

die sich zu militanter Gewalt bekennen, sind nach SDS-Schätzung nur rund 40 Prozent Studenten, die nicht einmal alle zum SDS gehören, aber 20 Prozent Schüler und der Rest Jungarbeiter und Lehrlinge.

Dennoch mühen sich zum Beispiel Berliner SDSler, durch Teach-ins und andere Aufklärungsaktionen den revolutionären Elan in die richtigen Bahnen zu lenken. Rabehl: „Nicht öffentlich distanzieren, sondern intern diskutieren.“

An jener roten Front freilich, die sich unter dem Feldzeichen Apo formiert hat, geschieht längst beides. Denn in der Außerparlamentarischen Opposition wird erbittert über die Anarcho-Fraktion diskutiert — und die meisten Gruppen haben sich unterdessen von ihr öffentlich distanziert.

Zwar herrscht durchweg Einigkeit über die Mißgestalt der westdeutschen Gesellschaft. Über die Umgestaltung aber vermögen sich SDS-Flügel und Apo-Rest nicht mehr zu verständigen. Die Kritiker der Militanten befürchten, daß

- ▷ Veränderungen bürgerlichen Bewußtseins, die durch Apo-Aktionen bewirkt wurden und hier und da zu zaghaftem Reformdenken führten, rückgängig gemacht werden könnten;
- ▷ der Staatsapparat die Zeit für gekommen hält, eine Endlösung der Apo-Frage anzuvisieren und dann nicht nur die militante Fraktion, sondern die gesamte Opposition zu zerschlagen;
- ▷ durch Terror-Detonationen und Horror-Deklamationen die ganze

Linke diskreditiert werde und alle Hoffnung dahingehe, je eine marxistische Massenbasis zu finden.

Solche Skrupel bewirkten sonderbare Allianzen innerhalb der Apo. Die Gegnerschaft zur revolutionären Sozialhilfe eint Maoisten und moskautreue Kommunisten, Radikalliberale und Pazifisten, den Theologie-Professor Helmut Gollwitzer und den KP-Veteranen Max Reimann.

Die Motive freilich sind unterschiedlich. Die SED West-Berlins wettet gegen „linke Abenteurer“ in der Apo, das Hamburger KP-Blatt „Blinkfüer“ schimpft über hanseatische Steinschleuderer: „Mit solchen anarchistischen Methoden isoliert man sich von der Bevölkerung anstatt Verständnis und Unterstützung zu finden.“ Und Max Reimann, der wieder im Ruhrpott siedelt, sagte: „So'n Dingen macht man nicht.“

Die Berliner Rundfunk-Journalistin Marianne Regensburger, die zum liberalen Flügel der Republikanischen Clubs zählt, nannte eine SDS-Resolution zur Gewalt „unmöglich und unverantwortlich“. Peter van Spall, Korrespondent des Hamburger Marxisten-Blatts „Andere Zeitung“, hält es für „falsch, ja konterrevolutionär, offensive Kampf demonstrieren zu unternehmen“. Und Carl Luitpold Gugomos, Chef des Apo-Blattes „Extradienst“, beklagt, daß in Berlins Republikanischem Club, „nur noch tendenzieller Anarchismus Gehör findet“.

Niels Kadritzke und Knut Nevermann vom Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) meinen, „offensive Militanz“ führe zur „Brutalisierung der polizeilichen Behandlung der Apo“, zur „Isolierung und Reduzierung der Apo“ und damit zu „erhöhter Schlagbarkeit in wirklich klassenkämpferischen Situationen“.

Dr. Arno Klönne, Pressesprecher der Ostermarschierer-, Kampagne für Demokratie und Abrüstung“, hielt den Apo-Anarchisten entgegen: Wer glaube, „man müsse die derzeit Herrschenden dazu bringen, ihre Herrschaft ungehemmter, womöglich brutaler auszuüben, weil so erst der potentielle Faschismus des Systems wahrnehmbar werde, der hat nach meinem Dafürhalten die politischen Steuerungsmöglichkeiten eines industrialisierten Systems nicht begriffen“.

„Der SDS hat seine Verdienste“, heißt es in einer Berliner Apo-Flugschrift, aber: Wenn nun „Leute aus der zweiten Garnitur hinten das wieder einreißen, was die erste vorn aufgebaut hat; wenn sie innerhalb der Apo mit Mitteln arbeiten, die wir an unseren Gegnern verabscheuen... wenn in ihren Augen jeder, der nicht mit Helm zum Kampf gegen die Polizei antritt, ein Konterrevolutionär ist, dann werden diese Leute selbst zu unseren Gegnern, so sehr wir auch mit ihren Zielen übereinstimmen mögen“.

Heinrich Heine half dem Theologen Gollwitzer, die Gewalt-Gläubigen zu

ermahnen: „Das größte Unglück aber ist eine niedergeschlagene Revolution.“ Und Soziologe Habermas erkannte „eine verhängnisvolle Strategie“, „welche nicht nur Studenten und Schüler auf die Dauer isolieren, sondern alle auf Demokratisierung drängenden gesellschaftlichen und politischen Kräfte schwächen muß“.

Am Nachmittag des 18. Januar wurde schließlich der Zwist zwischen Linken und Linken, der überall in den Metropolen schwelt, in Berlin auf die Straße getragen. Zwei Demonstrationzüge der Apo zogen zur gleichen Zeit durch die Straßen — einer, zu dem auch die SED West-Berlins aufgerufen hatte, protestierte gewaltlos gegen den Faschismus in Griechenland; der andere, zu dem auch der SDS aufgerufen hatte, protestierte — auch mit Steinschleudern — gegen die SPD. Wieder einmal marschierte in Deutschland die Linke — rote Fahne hoch, die Internationale auf den Lippen — gegen sich selber.

Wie Adorno, wie der Frankfurter Soziologe Ludwig von Friedeburg sah sich Habermas einem Aktionismus ehemaliger Schüler gegenüber, die „nur noch zu dem Zweck“ tätig werden, daß „überhaupt irgend etwas passiert“ (Friedeburg).

Auch die Linksliberalen sahen die „Saat der Gewalt“ aufgehen — so die Überschrift eines Leitartikels in der „Frankfurter Rundschau“, die konsterniert fragte: „Wie lange wird es noch dauern, bis in erregten Apo-Versammlungen der Ruf ertönt ‚An die Laterne!‘ Läßt es sich leugnen, daß sich Massen von Apo-Anhängern genauso manipulieren lassen wie etwa Heimatvertriebene auf ihren einstmaligen berüchtigten Massentreffen.“

Solche Überschärfe zeigt die Enttäuschung von Linken und Liberalen an, die sich um die Plattform betrogen sehen, auf der Reformen wenigstens noch und meistens nur bespro-



„... die im Licht sieht man nicht“

Die geistigen Ziehväter der Jugendrebellion, die da aneinander vorbeiging, standen nicht mehr am Wege. Der Frankfurter Soziologe Theodor Adorno etwa, dem ganze Studentengenerationen von den Lippen abgelesen hatten, wie es um die geistige Miserabilität der Gesellschaft bestellt sei, kannte seine wilden Adorniten nicht mehr wieder; letzte Woche distanzierte er sich öffentlich — im Zweiten Deutschen Fernsehen — von der revolutionären Radikalkur und tat kund, daß sich die Bundesrepublik von einem faschistischen Staat doch „um ein Ganzes“ unterscheide. Der „Stern“ zitiert den Professor: „Ich habe ein theoretisches Denkmodell aufgestellt, wie konnte ich ahnen, daß Leute es mit Molotow-Cocktails verwirklichen wollen.“

Und Jürgen Habermas, Professor der Soziologie und Philosophie, bei dem der esoterische Kode für eine neue Gesellschaft zu erlernen war, hatte längst befunden: „Spiel mit dem Terror.“

chen werden konnten. Für ein Autoren-Kollektiv des Berliner SDS war das die Stunde, die Liberalen zu den Reaktionären zu schlagen. Der Liberalismus, so schrieben sie für — und gegen — den SPIEGEL, ergreife Partei, „indem er nicht die Gewalt des autoritären Staates, sondern die studentische Gegengewalt angreift“ (siehe Kasten Seite 32). Dieser Linken ist alles rechts.

Aber es ist keine Parallelverschiebung im politisch-ideologischen Spektrum, sondern eine optische Täuschung: Die Adornos und Augsteins, die Halblinken und die Liberalen, die Gewerkschaften und schon gar die etablierten Parteien haben ihre Position und die Distanzen zueinander bewahrt. Nur der revolutionäre Kern der Apo ist ans Ende der Farbskala abgewandert — dorthin, wo Anarchisten-schwarz beginnt.

Von dieser gesellschaftsfernen Position aus läßt sich, in der Tat, nur noch Revolution machen — oder gar nichts.